Achtung!

Hier reden: 27 Handarbeiter,
11 Angestellte
10 Beamte
3 Bürgermeister
3 Gemeindevorsteher
2 Ehefrauen
2 Rentner
1 Landwirt
1 Gewerbetreibender
1 Arbeitsinvalide

insgesamt 61 Marxisten

von ihren Aufgaben in Stadt, Kreis und Gemeinde. Sie kandidieren alle auf der Liste 1.

Suche deine Bekannten, lies aber auch, was die anderen sagen und überlege dir, ob du nicht ihrer Meinung bist.

Am Schluß der Debatte geben wir den Nazis, den Bürgerlichen und den Kommunisten das Wort.

Die Debatte ist eröffnet. Das Wort haben:

Kommunalvertreter der Stadt Braunschweig

Die Gemeinde ist die erste Dienerin des öffentlichen Wohles, nicht dem Range nach, da steht sie an untersiter Stelle, aber der praktischen Bedeutung nach. Ob Dorf, ob Stadt, die Gemeinde ist der naturgegebene solidarische Zusammenschluß von Menschen der gleichen Scholle. Diese Gemeinschaft hilft sich gegenseitig in allen Nöten. Sie hat Anstalten und Einrichtungen für alle Zwecke geschaffen und für Körper und Geist mannigfache Möglichkeiten der Erbauung erstellt.

Was aber ist jetzt das bittere Schicksal vieler unserer Mitbürger? Arbeitslosigkeit! Sozialismus in der Kommune bedeutet gemeindlich: Betreuung aller Bürger nach den Grundsätzen der Solidarität. Sozialismus in dieser Notzeit bedeutet: Für Arbeit zu sorgen!

Braunschweig, 11. Februar 1931.

Böhme

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt.

*

Als freigewerkschaftlich geschulter Arbeiter sehe ich den Aufstieg der proletarischen Schichten nur in der Ablösung der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus auf demokratischer Grundlage.

Fester Zusammenschluß in den freien Gewerkschaften und der SPD ist unbedingte Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles.

Das gegenwärtig wichtigste aller kommunalen Probleme ist das Erwerbslosenproblem.

Arbeitsbeschaffung und Regelung der Wohlfahrtsunterstützungen stellen heute die größten Anforderungen an die kommunale Verwaltung.

Hierbei ist die Mitarbeit der Gewerkschaften von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Willi Bolm

Modelltischler, 2. Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB.

*

Notzeiten für das schaffende Volk!

Da stehen wir Frauen in erster Reihe der Helfer. Das starke soziale Empfinden der Frau soll mitraten und -taten bei der Hilfe für die vom gefühllosen Kapitalismus Geqnälten.

Meine Arbeit als Vertreterin der Arbeiterschaft Braunschweigs in der Stadtverordnetenversammlung soll dazu dienen, alle Möglichkeiten, der bitteren Not abzuhelfen, aufzuspüren und sie in die Tat umzusetzen.

Hedwig Boockmann

Ehefrau.

*

Für die junge, kommende Generation!

Die Weltwirtschaftskrise und die im Lande Braunschweig herrschende Reaktion treffen die heranwachsende Jugend der werktätigen Bevölkerung am stärksten. Dem jugendlichen Arbeiter raubt die Wirtschaftskrise die Ausbildung im Beruf und entwöhnt ihn durch jahrelange Erwerbslosigkeit der Arbeit. Arbeitslosenunterstützung oder Wohlfahrtsgelder sichern der Arbeiterfamilie kaum das Existenzminimum. Dem heranwachsenden Kinde müssen durch verschlechterte Nahrungsverhältnisse und ungenügende Bekleidung schwerste Schädigungen entstehen.

Zu diesen entsetzlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise häuft die Nazi-Regierung im Lande Braunschweig neues Elend: Sie raubt den jugendlichen Arbeitern die verbesserten Ausbildungsmöglichkeiten der Berufsschule, sie gefährdet durch rücksichtslosen Schulabbau Gesundheit, Entwicklung und Aufstieg unserer Volksschuljugend.

Vornehmste Aufgabe der neuen sozialdemokratischen Rathausfraktion wird es sein, die der Jugend der werktätigen Bevölkerung durch Wirtschaftskrise und reaktionäre Landesregierung entstandenen Schädigungen aufzuheben, zu mildern oder zu beseitigen. So steht bei ihrem schweren Kampf gegen bürgerliche Verleumdung, Nazi-Willkür und -Terror die Sozialdemokratie in der Wahlschlacht am 1. März in der ersten Linie im Kampf für eine bessere Zukunft der jungen, kommenden Generation.

Heino Brandes

Lehrer, Kandidat der SPD bei der Stadtverordnetenwahl in Braunschweig am 1. März 1931.

*

Der Vorsitzende des Mietervereins, Regierungsoberinspektor W. Godelmann, schreibt:

Für die wichtigste Aufgabe der städtischen Gemeindepolitik halte ich die Boden-, Wohnungs- und Siedlungsfrage. Es darf dem an verantwortungsvoller Stelle stehenden Volksgenossen nicht gleichgültig sein, unter welchen Verhältnissen die breite Schicht der schaffenden Bevölkerung im Zeitalter der Maschine wohnt. Ich werde deshalb in erster Linie den seit langen Jahren aufgenommenen Kampf für ein soziales Miet- und Wohnrecht, für ein gesundes deutsches Bodenrecht und für ein Wohnheimstättengesetz weiterführen, zumal in der Lösung dieser Aufgaben ein großes Stück wahrer Sozialpolitik liegt.

W. Godelmann

Regierungsoberinspektor und Stadtverordneter, Braunschweig.

*

Neben seiner vielgestaltigen Arbeit hat jeder Stadtverordnete, der seine Aufgabe ernst nimmt, meist noch ein Gebiet, dem er seine besondere Fürsorge angedeihen läßt. Wenn ich mich mit Vorliebe in den langen Jahren meiner Tätigkeit als Stadtverordneter in unserer Fraktion und im Parlament für die städtische Unterstützung und Pflege der Leibesübung treibenden Jugend eingesetzt habe, so kann ich wohl behaupten, daß, wie auch auf anderen Gebieten, die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hier besonders eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet hat. Der Ausbau der städtischen Spiel- und Turnplätze, Errichtung des Jugendheimes, Schaffung von Kinderspielplätzen mit Planschbecken, finanzielle und sachliche Unterstützung von Sportvereinen, Beihilfen zu größeren auswärtigen sportlichen Veranstaltungen, Gewährung von Bürgschaften für Sportvereine usw. gibt mir in kurzen Zügen diese erfolgreiche sozialistische Kommunalarbeit wieder.

Artur Gräf

Regierungsoberinspektor und Stadtverordneter.

*

Von bürgerlicher Seite ist in den letzten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung viel vom Sparen gesprochen worden, obgleich brauchbare Sparmaßnahmen von ihnen nicht vorgeschlagen werden konnten.

Sparen! Jawohl, das ist notwendig.

Aber besser noch als sparen ist Arbeitsbeschaffung durch die Kommunen. Diese Aufgabe muß im Vordergrund kommunaler Tätigkeit stehen.

Arno Krause

Töpfer und Stadtverordneter.

*

Wirtschaftskrisen sind Krankheitserscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Millionen fleißiger Menschen werden zum Nichtstun gezwungen und leiden mit ihren Angehörigen bittere Not.

Sie durch Schaffung der Arbeitslosenversicherung vor dem Untergange bewahrt zu sehen, ist das Werk der Sozialdemokratie im Reichstage.

Die letzte Fürsorge aber für die aus der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ausgeschiedenen Arbeitslosen ist den Stadt- und Gemeindeverwaltungen übertragen. Wer deshalb will, daß die politische Partei, die sich in jahrzehntelangem Kampfe immer und immer wieder für die Lebensinteressen der schaffenden und arbeitenden Bevölkerung eingesetzt hat, auch die Betreuung in den Städten und Gemeinden übernehmen soll, der muß am 1. März sozialdemokratisch wählen.

W. Neddermeier

Stadtverordneter.

*

Die Schaffung der Jugendherberge, des Obdachlosenheimes und der Ausbau des Städt. Pflege- und Krankenhauses sind soziale Großtaten der Braunschweiger Sozialdemokratie. Die kraftvolle Förderung der gemeinnützigen Baugenossenschaften brachte Tausenden von Arbeitern und Handwerkern lohnende Beschäftigung und half die Wohnungsnot lindern.

Die Ruhelohnordnung der städtischen Arbeiter, geschaffen durch den starken Einfluß und Willen der Sozialdemokratie im Rathaus, ist die beste ihrer Art in ganz Mitteldeutschland.